

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

Bonn, den 8. November 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Der Irrtum des CDU-Vorsitzenden 47

Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB,
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

2 - 3 Bilanz eines Parteitages 73

Die CDU gerät in eine rauhe Wetterlage
Von Dr. E. Eckert

4 Hessen vorn - auch im Sportstättenbau 50

Doppelt soviel investiert, als im "Goldenen Plan" vorgesehen

5 - 7 Vor 50 Jahren 138

Verwirklichung des Frauenwahlrechts in Deutschland

Von Dr. jur. Christa Zinn

* *

*

Der Irrtum des CDU-Vorsitzenden

Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB,
Bundesgeschäftsführer der SPD

Niemand wird bestreiten können, daß der CDU-Vorsitzende Kiesinger sich mit seiner Eröffnungsrede auf dem CDU-Parteitag weitgehend von seinem Parteivolk isoliert hatte. Die Gunst dieser Stunde wurde sogleich von einigen Persönlichkeiten der Führungsspitze der CDU genutzt, um auf Kosten des CDU-Vorsitzenden Beifall und Wohlwollen in reichem Maße für sich selbst zu ernten. Daher ist es menschlich durchaus verständlich, daß der CDU-Vorsitzende versuchte, das Blatt am letzten Tage des Parteitages mit einer temperamentvollen Rede wieder für sich zu wenden.

Die SPD bedauert, trotz dieses hohen Maßes an Verständnis für die schwierige Situation des CDU-Vorsitzenden, darauf hinweisen zu müssen, daß sich zumindest an einer Stelle der Schlußrede des CDU-Vorsitzenden Wunsch und Wirklichkeit vermischt haben. Der CDU-Vorsitzende hat erklärt: Als Kanzler der Großen Koalition könne er nicht gegen den Regierungspartner kämpfen, sondern müsse dafür sorgen, daß dieser Koalitionspartner "auf dem Kurs bleibt, den ich will. Ich bestimme die Richtlinien der Bundesregierung".

Dazu müssen die CDU und ihr Vorsitzender an folgenden Tatbestand erinnert werden: Die Regierung der Großen Koalition ist - nach dem totalen Zusammenbruch der CDU/CSU/FDP-Regierung - entstanden nach langen, intensiven Vorbereitungen im November 1966. Diese Verhandlungen wurden geführt auf der Grundlage des sozialdemokratischen Acht-Punkte-Programms. Dieses Acht-Punkte-Programm hat die Politik der Großen Koalition in den entscheidenden Punkten geprägt. Ein Vergleich der ersten Regierungserklärung der Großen Koalition vom 13. Dezember 1966 mit früheren Regierungserklärungen zeigt dies sehr deutlich.

Die vom CDU-Vorsitzenden Kiesinger gebrauchte Formulierung seiner Schlußrede ist eine Formel zur Beruhigung der eigenen Parteimitgliedschaft. Für die SPD hat sie keinerlei Bedeutung. Von der SPD ist die Richtlinienkompetenz nie angezweifelt worden, aber es ist eine Selbstverständlichkeit, daß in einer Regierung, die von zwei praktisch gleich starken Partnern gebildet wird, nicht e i n e r der beiden Partner das Geschehen diktieren kann. Daher ist es selbstverständlich, daß in der Regierung der Großen Koalition in keiner einzigen wichtigen politischen Frage eine Entscheidung g e g e n die SPD möglich ist. Das war bisher so und wird so bleiben. Der CDU-Vorsitzende täte besser daran, dafür zu sorgen, daß seine Parteifreunde - insbesondere die seiner bayerischen Schwesterpartei CSU - nicht ständig von der in der gemeinsam erarbeiteten Regierungserklärung festgelegten Politik abweichen.

Im übrigen hat sich sehr rasch herausgestellt, was von den Beschlüssen dieses CDU-Parteitages wirklich zu halten ist. Ein Beschluß des Parteitages zur Errichtung eines Bundesministeriums mit kulturpolitischen Zuständigkeiten wurde schon einen Tag später vom Parteivorsitzenden öffentlich desavouiert. Er erklärte auf einer Pressekonferenz, daß er diesen Beschluß für falsch halte und die Einführung eines solchen Ministeriums nicht in Frage komme.

Bilanz eines Parteitages

Die CDU gerät in eine rauhe Wetterlage

Von Dr. E. Eckert

Der Schlag, der den Bundeskanzler am Donnerstagvormittag traf, hat dem Berliner CDU-Parteitag eine böse Dramatik gegeben. Die Verurteilung dieses Vorganges ist einhellig, die Empörung allgernein. Aber dieser Parteitag hätte andere Schlussschlagzeilen verdient, denn er ließ offenkundig werden, daß die CDU, die immer noch unter der autoritär-patriarchalischen Führung durch Konrad Adenauer leidet, in sich immer unruhiger wird und die bisher immer wieder überdeckten Differenzen nunmehr offen auszutragen beginnt. Der Begriff "Union" ist also nicht mehr eine taktische und strategische Waffe, mit der die jeweilige Parteiführung sozusagen selbstverständlich handeln, hantieren und schlagen konnte, sondern muß künftig mit ungeschützten Diskussionen in seiner Zulässigkeit erst einmal erarbeitet und erstritten werden.

Die CDU wird damit zweifellos in eine Phase recht rauhen Wetters geraten, in der sie sich auch in harten innerparteilichen Auseinandersetzungen bewähren muß. Das wird ihr nicht leicht fallen und wird ihr große Standfestigkeit abverlangen, von deren Vorhandensein nicht alle ihre Mitglieder restlos überzeugt sind, wie sich in vielen Gesprächen in der Berliner Kongreßhalle erkennen ließ.

Die CDU hat es in und mit sich nicht leicht. Dabei sind die Personalfragen, die sich etwa in den Antagonien zwischen Kiesinger und Schröder zeigen, nur von Folge-Bedeutung. Der Parteitag hat zahlreiche sachliche Dissonanzen und Differenzen erkennen lassen, die sich nicht mehr "wegdisziplinieren" lassen. Die "Freunde", wie sich die CDU-Delegierten anreden, sprachen auch dann, wenn sie nicht mehr der Studentengeneration verhaftet sind, sehr engagiert und deutlich.

Dazu kommen die harten Beschlüsse, die der Partei- und Fraktionsführung noch Kopfschmerzen bereiten werden. Die vom Hamburger Landesverband inszenierte Revolte gegen einen übersteigerten Kulturföderalismus, gehört vor allem in diese Liste. Das mit knapper Mehrheit beschlossene Bundesministerium zur Förderung und Koordinierung des Bildungswesens wird sicher schon in der Bonner CDU/CSU-Fraktion hängen bleiben, weil die bayerische CSU aufgrund der "Koalitionsabsprache" mit der CDU blockieren wird. Außerdem hat auch Bundeskanzler Kiesinger unmittelbar nach dem Parteitag schon heftigen Einspruch erhoben. Zudem wird das Vor-

haben auch auf Widerstand in den Länderparlamenten stoßen. Aber eine solche überraschende Mehrheit kann sich bei künftigen Parteitagen auch bei anderen "heißen Eisen" bilden und unvorhergesehene Probleme erzeugen.

Das Zentralproblem "Mitbestimmung" zum Beispiel, das den Parteikongreß einen ganzen Tag in Atem hielt, gehört ebenfalls in diesen Bereich. Sicher ist der Kompromiß, den der abgekämpfte Parteitag am Mittwochabend nahezu einstimmig billigte, voller verwaschener Unklarheiten und eine Fundgrube für juristische Spitzfindigkeiten. Aber immerhin ist der von weniger als sieben Landesverbänden und dem Mittelstandskreis gestützte Versuch, des bisher so potenten und in Berlin auch sonst unterlegenen "Wirtschaftsrates" gescheitert, die erweiterte Mitbestimmung schon im ersten Parteitags-"Anlauf" zum völligen Scheitern zu bringen. - Was aus der Kommission-Beratung herauskommen und was der Parteitag 1970 beschließen wird, bleibt natürlich abzuwarten. Trotzdem muß die CDU jetzt und künftig mit "Aufständen von unten" rechnen, die ihr bisher so einfaches und zugegeben recht erfolgreiches Rezept der Führungskunst, was immer sie darunter verstehen mag, durcheinander bringen wird.

Berlin war ein erstes Menetekel, das keiner der CDU-Politiker an der Parteispitze leicht nehmen kann. Der Generationenwechsel wird diese Entwicklung beschleunigen, die, und darüber kann es keine Illusionen geben, gewiß noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird, weil zuviele und zu große Hindernisse und Widerstände zu überwinden sein werden, die in der Union selbst, aber zu einem großen Teil eben auch in den Personen liegen. Mit dem lautstarken Getöse nach Wahlergebnissen, die der CDU die absolute Mehrheit und damit auch die absolute Kraft in Bonn bringen soll, kommt die CDU aus diesem Dilemma nicht mehr heraus; dieses Rezept, zuzeiten Konrad Adenauers noch ein Wundermittel; ist für heute und vor allem für morgen zu dürftig und den großen Aufgaben, die die 70er Jahre innen- und außenpolitisch stellen werden, nicht mehr angepaßt. Aber das wird die Union schon selbst bald merken.

+ + +

Hessen vorn - auch im Sportstättenbau

Doppelt soviel investiert, als im "Goldenen Plan" vorgesehen

HB-er - Ein erfreulicher Erfolg des sozialdemokratisch regierten Landes Hessen: Es liegt bei der Finanzierung des Turn- und Sportstättenbaus an der Spitze der Bundesländer und ist auch für die Bundesregierung, die im Verzug ist, beispielhaft. Grundlage für die Planung und den Bau von Sportstätten ist in Hessen das "Rot-Weiße Programm", das sich auf den "Goldenen Plan" der Deutschen Olympischen Gesellschaft aus dem Jahre 1960 stützt. In dem von der Deutschen Olympischen Gesellschaft vorgelegten Zweiten Memorandum zum Goldenen Plan ist auch das Ergebnis des hessischen Rot-Weißen Sportförderungsprogramms zusammengefaßt. Danach waren von dem 1960 ermittelten Bedarf von 1 116 Sport- und Schulsportplätzen bis 1967 bereits 52 Prozent errichtet, von 1 021 Gymnastik-, Turn- und Sporthallen bereits 68 Prozent, von 124 Hallenbädern 19 Prozent und von 451 Freibädern sogar schon über 70 Prozent.

Zur Förderung dieser Maßnahmen hat Hessen nach einer Aufstellung von Finanzminister Albert Osswald (SPD) Mittel in Höhe von 230 Millionen DM aufgewendet. Erwartet wurde für diesen Zeitraum vom Land Hessen im "Goldenen Plan" 115,5 Millionen DM. Damit steht das Land Hessen mit seinen Sportförderungsmitteln weit an der Spitze aller Bundesländer. So hat Hessen z.B. im Jahre 1965 pro Kopf 8,27 DM für den Sportstättenbau ausgegeben. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 4,54 DM, der nächsthöhere Betrag für ein Bundesland bei 5,30 DM.

Von seinem Steueraufkommen hat das Land Hessen im gleichen Jahr 1,47 Prozent für den Sportstättenbau ausgegeben, während der Bundesdurchschnitt 0,67 Prozent betrug und das nächstfolgende Bundesland 1,01 Prozent aufgewendet hat.

Die für die allgemeine Sportförderung geleisteten Beträge stellen auch Landesleistungen an die Gemeinden dar. Zwar fließen diese Mittel erster Linie den Sportvereinen zu, doch kommen sie indirekt den Gemeinden zugute, da diese durch die Förderung der Vereine durch das Land entlastet werden. Darüber hinaus werden auch aus diesen Mitteln Beihilfen an Gemeinden zur Beschaffung von Sportgeräten für Vereinssport und zur Beschäftigung von Übungsleitern gewährt. Auch die den Vereinen zur Beschaffung von Sportgeräten, Durchführung von Sportveranstaltungen und Beschäftigung von Übungsleitern bewilligten Beihilfen dienen letztlich dazu, den Sport in den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu beleben, ohne daß den Kommunen hierfür größere finanzielle Belastungen entstehen.

Angesichts der positiven Bilanz, die Hessen im Hinblick auf den Goldenen Plan vorlegen kann, bleibt zu hoffen, daß nicht nur die "zurückgebliebenen" Bundesländer sich bemühen, ihre Leistungen für den Sportstättenbau zu verbessern; auch der Bund muß mehr tun, wenn er Schritt halten will. Der Vorsitzende der Sportgemeinschaft Deutscher Bundestag, der SPD-Abgeordnete Dr. Adolf Müller-Emmert, hat erfreulicherweise bereits angekündigt, daß er zusammen mit Fraktions- und Parlamentskollegen daran gehen will, die Kürzungen der Bundesmittel (im Etat des Bundesinnenministeriums) für 1969 rückgängig zu machen. Nach dem vorliegenden Entwurf sollen der Ansatz für die finanzielle Förderung des Turn- und Sportstättenbaus von 37 auf 23 Millionen DM verkürzt werden, obwohl der Bund mit seiner Beteiligungsquote längst im Rückstand ist. Die Bundesminister des Innern und der Finanzen sollten wirklich einmal nach Hessen blicken, so schwer ihnen das auch fallen mag...

Vor 50 Jahren - Verwirklichung des Frauenwahlrechts

Von Dr. jur. Christa Zinn

- * Der Grad der weiblichen Emanzipation ist das natürliche *
* Maß für die allgemeine Emanzipation. *

Charles Fourier

Mit einer halben Jahrillion wird die Geschichte der Menschheit bemessen. Seit einem halben Jahrhundert erst kann die Hälfte dieser Menschheit, die Frauen als soziologische Gruppe, Einfluß auf diese Geschichte nehmen - und dies wiederum nur auf Deutschland bezogen: Am 30. November 1918 wurde den Frauen durch eine Verordnung des Rates der Volksbeauftragten das aktive und passive Wahlrecht für das im Januar 1919 vorgesehene Plebiszit zur Nationalversammlung gewährt.

Es wurde gewährt - und das ist eine jener historischen Ironien, die man so gern landläufig als "Treppenwitze der Weltgeschichte" bezeichnet. Denn seit 40 Jahren und mehr sind Geschichtswissenschaftler und Gesellschaftswissenschaftler einmütig der Meinung, daß im Ursprung aller Kulturen die bestimmende Kraft das Matriarchat war.

Alleiniges Verdienst der SPD

Erst aus der beginnenden Demokratisierung des staatlichen Lebens und aus der lawinenartig anwachsenden Industrialisierung im wirtschaftlichen Bereich erwuchs die Forderung nach der politischen Gleichberechtigung der Frau. Allerdings - und diese Einschränkung muß der historischen Wahrheit zu Ehren gemacht werden - kann diese Feststellung nur auf Europa bezogen werden. Spezifisch agrarstrukturierte Länder außerhalb der Alten Welt haben den Frauen bereits das kommunale Wahlrecht zugestanden, als hierzulande noch darüber diskutiert wurde, ob es überhaupt ein "Untertanen"-Recht auf Wahlen gebe: Australien ging 1861 voran, die USA folgten 1869, Kanada 1884!

Es ist das alleinige Verdienst der Sozialdemokratie, daß in Deutschland die Frau die Gleichberechtigung erwarb mit dem äußeren und unverkennbaren Zeichen uneingeschränkter aktiven und passiven Wahlrechtes. Wenn der knapp 24-jährige Karl Marx von den herrschenden Ständen schreibt: "In Wahrheit ist das Privatinteresse ihre allgemeine Angelegenheit und nicht die allgemeine Angelegenheit ihr Privatinteresse", dann ist dies nichts anderes als der erste Aufruf, die erste Kampfansage zur Änderung jener gesellschaftlichen Ausformungen, die sich, wie Goldenweiser festgestellt hat, in Jahrtausenden vollzogen haben. Und obwohl nicht ausdrücklich hervorgehoben, schloß auch Lassalle in seiner Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht die Frauen ein, als er 1863 schrieb: "Das allgemeine Wahlrecht von 89 bis 96 Prozent unserer Bevölkerung als Magenfrage aufgefaßt und daher auch mit der Magenwärme durch den ganzen nationalen Körper hin verbreitet... es gibt keine Macht, die sich dem lange widersetzen würde."

Vorkämpfer August Bebel

Zu dem eigentlichen Vorkämpfer für die politische Gleichberechtigung der Frau, für ihren Anspruch auf aktives und passives Wahlrecht

wurde August B e b e l . Er begann seine Aktivität fast im gleichen Augenblick, da er - der dann fast für ein Menschenalter lang Führer der deutschen Sozialdemokratie wurde - als 27-jähriger 1867 in das Norddeutsche Parlament einzog. Bereits 1865 war er Gast des ersten deutschen Frauenkongresses gewesen - jenes Kongresses, auf dem ein Allgemeiner Deutscher Frauenverein gegründet wurde mit der Zielsetzung, die Frau dem Manne beruflich gleichzustellen und am politischen Leben teilhaben zu lassen.

Die überzeugenderen, wirksameren Formulierungen aber fand ein Mann, eben August Bebel, in seinem unfassenden Werk "Die Frau und der Sozialismus", von dem bereits zu Lebzeiten des Autors 52 Auflagen hergestellt wurden. Und der entscheidende Satz, für dessen Prägung heute eigentlich alle Frauen ohne Rücksicht auf parteipolitische Neigungen der Sozialdemokratie dankbar sein müssen, lautete:

- * "Bekämpfung der Vorurteile, die der vollen Gleichberechtigung
- * der Frau entgegenstehen, sowie die Propagandierung der sozial-
- * listischen Ideen, deren Verwirklichung allein der Frau ihre
- * soziale Befreiung verbürgen." Und dann das glanzvolle Finale:
- * "Dem Sozialismus gehört die Zukunft, das heißt in erster Linie
- * dem Arbeiter und der Frau."

Wenn auch Bebel 1875 nachdrücklich forderte, "den proletarischen Frauen, die unter den gleichen Verpflichtungen und den gleichen Benachteiligungen leben wie die Männer, auch die gleichen Rechte zu gewähren" - so zeigte es sich, daß doch noch nicht alle seine Genossen bereit waren, das Anrecht auf die seit Jahrtausenden getragene, wenn gleich nur imaginäre "Krone der Schöpfung" aufzugeben.

Reizvoll wäre es, über Interna parlamentarischer und außerparlamentarischer Gruppen zu berichten, die v o r , erst recht aber n a c h dem sozialdemokratischen Parteitag in Erfurt 1891 die Gemüter erregten.

Das Erfurter Programm

Im Erfurter Programm der SPD findet sich unter Punkt 1 die Forderung: "Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen." Und Punkt 5 besagt: "Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Mann benachteiligen."

1895 brachte die SPD den ersten Gesetzesantrag auf politische Gleichberechtigung der Frauen im kaiserlichen Reichstag ein. Wer an allgemeine Akklamation geglaubt hatte, sah sich getäuscht. Alle Parteien, außer der antragstellenden Fraktion natürlich, lehnten ab. Das Zentrum meinte, die "politische Reife der deutschen Frau sei noch nicht allseits gefestigt". Vor dem "jähren Hinaustreten der Frau aus dem behüteten Familienkreis" warnten die Konservativen. Und als eine der wenigen Begründungen politischer Art liest sich die Stellungnahme der Liberalen, die zum einen die Radikalisierung der präsumtiven weiblichen Wählerschaft nach links, zum anderen die Konfessionalisierung durch Wendung zur Mitte befürchteten.

Schritt für Schritt

Immerhin wurde damals die Verleihung des Gemeindevahlrechtes und die Heranziehung der Frauen zu Gemeindeämtern "verliehen". Der weiteren intensiven Arbeit der SPD unter Führung Bebels war es zu danken, daß dreizehn Jahre später, bei der Novellierung des Reichsvereins- und Versammlungsgesetzes von 1908, der Beitritt von Frauen zu politischen Parteien genehmigt wurde. Doch ließ außer der Sozialdemokratischen Partei, nur die Fortschrittliche Volkspartei (auf dem äußersten linken Flügel der Liberalen plaziert) weibliche Mitglieder zu, von denen 1911 Gertrud Bäumer - eine Sensation für jene Tage - gar in den Vorstand aufgenommen wurde.

Was Bebel angestrebt hatte, wurde bei Ebert und Scheidemann Wirklichkeit. Der erste Aufruf der neuen, der republikanischen Regierung eines noch nicht demokratisierten Deutschland vom 10. November 1918 nahm praktisch schon die Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 30. November 1918 und damit auch die Errungenschaften der Weimarer Verfassung voraus: "Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen."

Die politische Gleichberechtigung der Frau war erreicht! Ein jahrzehntelanger Kampf der Sozialdemokratie um Wert und Würde der Frau war gewonnen. War damit aber auch die Frau für die Politik gewonnen?

Noch weit entfernt vom Sieg

Mir will scheinen, daß dieser Kampf für die Frau endgültig entschieden ist - das Grundgesetz stellte schließlich in Artikel 38 in Verbindung mit Artikel 3 Absatz 2 das durch nationalsozialistische Machenschaften eingeschränkte passive und aktive Wahlrecht der Frauen wieder her. Mir will aber auch scheinen, daß der Kampf um die Frau, um ihre Mitarbeit in der Politik noch weit entfernt vom Sieg ist. Wir wollen nicht von den Mandaten sprechen, die von den Parteien den Frauen überlassen werden - ihre Zahl ist noch immer beschämend niedrig: sie ist in keinem Fall eine würdige Repräsentanz der Frauen, wenn sie als soziologische Gruppe, die nach Zahl und Leistung den Männern durchaus gleichkommt, betrachtet wird. Wir müssen sprechen von der politischen Aktivität der Frauen, die sich letztlich in der Ausübung des aktiven Wahlrechts dokumentiert. Und hier zeigt sich, daß im Durchschnitt der Prozentsatz der ihr Wahlrecht ausübenden Frauen bis zu 5 Prozent unter dem entsprechenden Prozentsatz für die Männer liegt.

Es ist eine entscheidende Aufgabe, das Verantwortungsbewußtsein in der weiblichen Wählerschaft zu wecken und wachzuhalten, denn ihre Stimme zu einem demokratischen Parlament, in einem demokratischen Parlament wird die Stimme der Vernunft sein. Sie werden die Warner vor dem Radikalismus, von rechts oder von links, sein. Und sie werden die Mahner zur Frieden sein. Denn sie sind die Mütter künftiger Generationen.